



**Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens und
der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit
(SAARC)**

Besuch einer Arbeitsgruppe in Bhutan und Nepal

Paro, Thimphu, Kathmandu und Timai (UNHCR-Flüchtlingslager)

18. – 24. März 2007

Bericht von Neena Gill, Vorsitzende der SAARC-Delegation, für

- *die Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens*
- *die Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten, für Menschenrechte und für Sicherheit und Verteidigung*
- *den Entwicklungsausschuss*

Brüssel, 9. Mai 2007
PK/ck

Einführung

Die Delegation mit ihrer Vorsitzenden Neena GILL (PSE, Vereinigtes Königreich) entschied sich dafür, Bhutan und Nepal vom 18. bis zum 24. März 2007 im Rahmen einer einzigen Reise zu besuchen, da die Länder einige ähnliche Merkmale und Probleme aufweisen:

- Beide durchlaufen einen Verfassungsprozess, an dessen Ende allgemeine Wahlen stehen sollen – theoretisch bei Nepal im Sommer 2007 und bei Bhutan Mitte 2008. Deshalb stand sowohl in Thimphu als auch Kathmandu die Demokratisierung im Mittelpunkt der Gespräche, und die Mitglieder des Europäischen Parlaments betonten, dass die Wahlen in beiden Ländern frei und fair sein müssen.
- Das Problem der Flüchtlinge, die Anfang der 90-er Jahre aus Bhutan nach Nepal kamen, ist ohne die Mitwirkung beider Länder und die Hilfe der EU, der USA, Indiens und anderer nicht lösbar. Wegen der Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft beinahe von Beginn an (mit der EU als einem der wichtigsten Geber für humanitäre Hilfe in den Lagern) kann dieses Problem nicht als rein bilaterale Frage angesehen werden.

Die EP-Delegation möchte der Delegation der Europäischen Kommission in Kathmandu für ihre konsequente Unterstützung Dank sagen, die sie trotz erheblichen Personalmangels geleistet hat. Dank dieser Unterstützung konnte ein sehr umfassendes Programm mit Aktivitäten in Kathmandu und darüber hinaus aufgestellt werden. Dazu gehörte auch der Schwerpunkt 50. Jahrestag der EU in Zusammenarbeit mit der deutschen Ratspräsidentschaft.

In Bhutan hatten die Abgeordneten jedoch große Schwierigkeiten, weil weder die Europäische Kommission noch einer der 27 Mitgliedstaaten in Thimphu maßgeblich vertreten sind; da man sich kaum ein anderes Land vorstellen kann, in dem die Gefahr einer Überschneidung von Aufgaben so gering ist, schlägt die EP-Delegation der EK vor, ihre Präsenz dort zu verstärken. Bhutan zieht in Erwägung, eine lange geplante Vertretung bei der EU in Brüssel zu eröffnen, und deshalb würde die EP-Delegation eine entsprechende Einrichtung unsererseits dort begrüßen.

Dies sollte als Anreiz für die Bemühungen betrachtet werden, die Bhutan derzeit unternimmt, um seine Isolation zu überwinden und sich der Welt zu öffnen; bis dahin würde die EP-Delegation allerdings gern von der Kommission erfahren, wie diese sich in der Zwischenzeit eine wirksamere Präsenz und ein stärkeres Engagement in Bhutan vorstellen könnte, auch mit dem Ziel, durch ihre Anwesenheit vor Ort eine eventuelle zweite Flüchtlingswelle zu verhindern.

Während ihrer Reise traf die fünfköpfige Delegation unter anderem mit folgenden Persönlichkeiten zusammen:

In Bhutan

- Lyonpo Khandu Wangchuk, Premierminister und Minister für Auswärtige Angelegenheiten
- Dasho Zhamling Dorji, Stellvertretender Sprecher der Nationalversammlung
- Lyonpo Wangdi Norbu, Minister der Finanzen
- Lyonpo Sangay Ngedup, Minister für Landwirtschaft
- Dasho Kunzang Wangdi, Leiter der Wahlkommission
- Frau Aum Neten Zangmo, Vorsitzende der Antikorruptionskommission
- Dasho Damcho Dorji, Generalstaatsanwalt
- Vertreter der Medien und der Zivilgesellschaft

In Nepal

- Herr Girija Prasad Koirala, Premierminister
- Herr Subash Chandra Nemwang, Sprecher des Repräsentantenhauses
- Herr K.P. Sharma Oli, Stellvertretender Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten
- Herr Narendra B. Nemwang, Minister für Recht, Justiz und parlamentarische Angelegenheiten
- Herr Bhojraj Pokhrael, Leiter der Wahlkommission
- Herr Ian Martin, Sonderbeauftragter des UNO-Generalsekretärs und Leiter der Mission der Vereinten Nationen in Nepal (UNMIN),
- Herr Abraham Abraham, UNHCR

- Vertreter der Medien und der Zivilgesellschaft

- Vertreter der Flüchtlinge aus Bhutan in Kathmandu und in Timai.

A. Der Verfassungsprozess in Bhutan und Nepal

I BHUTAN: ein Königreich im Wandel

Nach der überraschenden Abdankung von König Jigme Singye Wangchuk im Dezember 2006 ist Bhutan derzeit eine absolute Monarchie unter der Herrschaft des fünften Drachenkönigs in der Erbfolge, Jigme Khesar Namgyel Wangchuk. Wie die EP-Delegation feststellen musste, ist es ein mühseliges Unterfangen, nach Bhutan zu gelangen, da dieses Land immer noch vor der schwierigen Aufgabe steht, seine einzigartige Tradition und Kultur zu bewahren und sich gleichzeitig schrittweise der Welt zu öffnen. Doch bessere Zugangsmöglichkeiten sollten Priorität erhalten, denn gegenwärtig kann man nur mit einem der beiden Flugzeuge der nationalen Fluggesellschaft in das Land gelangen.



*Austausch von Geschenken mit dem Stellvertretenden
Parlamentssprecher Dasbo Zhamling Dorji*

Die Delegation konnte sich jedoch selbst überzeugen, dass das Königreich im Himalaya auf seinem Weg zu einer konstitutionellen Monarchie eine Zeit des tiefgreifenden Wandels und Umbruchs durchlebt, der 2003 eingeleitet wurde. Der Verfassungsentwurf ist bereits an die Bürger verteilt und allen 20 Distrikten des Landes vom ehemaligen König vorgestellt worden, der ausführliche Beratungen darüber vor Ort geführt hat. Die Annahme der Verfassung durch die Nationalversammlung ist für 2008 geplant. Mit dem Übergang zu einer konstitutionellen Monarchie wird in Bhutan ein politisches System formell zu Ende gehen, das durch eingeschränkte Bürgerfreiheiten und – zumindest nominell – Beschränkungen der Rede-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gekennzeichnet ist.

Diese Schritte sind keineswegs rein kosmetischer Natur und sollten von der EU entschieden unterstützt werden: So wird 2008 nicht nur den Beginn einer konstitutionellen Monarchie markieren, sondern auch die Durchführung der ersten allgemeinen und direkten Wahlen in der Geschichte des Landes. Noch nicht ganz geklärt ist allerdings, ob die Annahme der Verfassung eine der letzten Handlungen des scheidenden Parlaments oder eine der wichtigsten Prioritäten des neu gewählten Gesetzgebungsorgans sein wird.



Die Delegationsmitglieder während ihres Besuchs bei der Antikorruptionskommission

Die Delegation hat gesehen, dass sich Bhutan momentan aktiv auf die Wahlen 2008 vorbereitet. Dazu gehören die

Allerdings fiel den Abgeordneten eine Haltung auf, die sie in all ihren Gesprächen antraf: Wie der Stellvertretende Parlamentssprecher sagte, *„folgt in vielen Ländern die Demokratie den Forderungen der Bürger (...) Hier ist es umgekehrt“*. Außerdem *„können wir noch nicht absehen, ob diese neuen Entwicklungen zum Guten oder zum Schlechten sind“*. Überhaupt hat es den Anschein, dass der Anstoß für diese Veränderungen tatsächlich von oben kam, also vom ehemaligen und vom jetzigen König.

Viele offizielle Vertreter, mit denen die Delegation zusammentraf, beeilten sich sogar darauf hinzuweisen, dass man in Bhutan wegen der Lage in einigen Nachbarländern Demokratie gemeinhin mit potenzieller Instabilität gleichsetzt. Premierminister Lyonpo Khandu Wangchuk selbst pochte ausdrücklich auf *„die Verantwortung des Throns für die Einleitung des Dezentalisierungsprozesses“* und betonte das Paradoxon, dass die Einführung einer Verfassung in einer Volksabstimmung *„eindeutig abgelehnt werden“* würde. Er deutete an, dass Korruption und Instabilität, mit denen junge Demokratien in Verbindung gebracht würden, vermieden werden könnten, wenn man nur *„eine angemessene Zahl von Parteien“* zuließe. Pressemeldungen in der Zeit des Aufenthaltes der Delegation in Bhutan schienen zu bestätigen, dass die Regierung Bhutans eindeutig plant, im Land ein System zu errichten, bei dem zwei Parteien abwechselnd die Macht ausüben.

Einsetzung einer Wahlkommission und viele Maßnahmen mit dem Ziel, die Staatsführung auf ein höheres Niveau zu heben, wie etwa die entscheidende Einrichtung einer Antikorruptionskommission – wobei es sich jeweils um Gremien mit echten Befugnissen handelt. Die EP-Delegation traf mit den Leitern beider Kommissionen zusammen und war beeindruckt von deren Professionalität und Engagement. Bemerkenswerterweise hat die Antikorruptionskommission bereits im Vorfeld der Wahlen Untersuchungen von Fällen möglichen Macht- oder Amtsmissbrauchs eingeleitet.



Die Vorsitzende und die Mitglieder der Delegation mit Premierminister Lyonpo Khandu Wangchuk

Dasho Kunzang Wangdi, Leiter der Wahlkommission, mit dem sich die Delegation traf, äußerte sich nicht konkret zu Berichten über eine sehr hohe Prozhürde (10 %), die eine Partei überwinden muss, um Abgeordnete stellen zu können. Indirekt räumte er es allerdings ein, als er erklärte, dass unabhängige Bewerber theoretisch kandidieren könnten, *„praktisch aber keine Chance haben werden“*.

Die Wahlkommission, die per Erlass des Königs eingesetzt wurde und vom neu gewählten Parlament parteiübergreifend noch einmal bestätigt werden muss, ist auch das Gremium, das die bisher verbotene Bildung von Parteien überwachen wird. Die Abgeordneten hielten den gesamten Prozess für etwas überstürzt, denn damit Parteien bei den Wahlen im Frühjahr/Sommer 2008 (ein fester Zeitpunkt wurde noch nicht festgelegt) gegeneinander antreten können, müssten sie sich bereits lange im Voraus registrieren lassen, also bis Juli/Herbst 2007. Die Bedingungen für die Registrierung waren noch unklar: Eine Partei muss eine Liste eingetragener Mitglieder sowie eine Aufstellung möglicher Bewerber für die Wahlen 2008 vorlegen, aber wie viele eingetragene Mitglieder müssen es sein? Wie der Leiter der Wahlkommission erklärte, *„so viele wie möglich, aber es gibt noch keine genaue Festlegung“*.

Herr Dasho Kunzang Wangdi bestätigte auch, dass die Bestimmung, wonach nur Personen mit Hochschulabschluss bei den Wahlen kandidieren dürfen, rigoros angewendet werden wird. Dies wurde von den EP-Mitgliedern mit Erstaunen und Besorgnis zur Kenntnis genommen, und so empfinden auch die meisten Abgeordneten der Nationalversammlung, mit denen zuvor Treffen stattgefunden hatten, auch der Stellvertretende Parlamentssprecher. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass nicht nur viele der derzeitigen Abgeordneten keinen Hochschulabschluss haben, sondern weniger als 2 % der Bevölkerung diese Anforderung erfüllen; in einigen ländlichen Wahlkreisen ist der Anteil sogar noch geringer. Dadurch könnten einige Bewerber in ihren Wahlkreisen faktisch konkurrenzlos antreten.

Zudem sind von den (wenigen) Hochschulabsolventen die meisten derzeit im Staatsdienst tätig, aus dem sie ausscheiden müssten, um nicht die politische Neutralität der Verwaltung zu gefährden. Die EP-Delegation wies darauf hin, dass die Beibehaltung dieser Anforderung das reibungslose Funktionieren des Staatsdienstes stören könnte und indirekt auch eine Diskriminierung von Frauen bedeuten würde, aber die offiziellen Vertreter Bhutans scheinen keine Bedenken zu haben. Derzeit wird noch nicht einmal über die Möglichkeit der Rückkehr nicht gewählter Kandidaten in den Staatsdienst nachgedacht.

Die beiden Hauptaspekte im Wahlverfahren sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Einteilung des Landes in Wahlkreise (die mit der Festlegung von 47 Wahlkreisen mehr oder weniger abgeschlossen ist) und die Aufstellung der Wählerlisten. Der zweite Punkt ist vielleicht komplizierter, denn das allgemeine Wahlrecht, bei dem alle Personen mit 18 Jahren das Wahlrecht erlangen, ist nie zuvor praktiziert worden.

Auf diese Weise sind 425 000 Wähler ermittelt worden, von denen 55 % bereits die Ausweiskarten erhalten haben, die sie am Wahltag benötigen. Hier sei erwähnt, dass einige EP-Abgeordnete sich erkundigten, ob eine spezielle „Unbedenklichkeitsbescheinigung“, die nach wie vor (nicht unumstritten) beispielsweise für die Erlangung eines Passes benötigt wird, erforderlich sein wird, um zu wählen oder sich zur Wahl zu stellen, aber der Leiter der Wahlkommission verneinte dies.

Seither sind allerdings verschiedene Meldungen aufgetaucht, denen zufolge Wähler tatsächlich eine solche Unbedenklichkeitsbescheinigung beibringen müssen, um die notwendigen Ausweiskarten zu erhalten, und es gibt Anschuldigungen gegen die bhutanische Polizei, sie habe

die Ausstellung solcher Bescheinigungen in einigen Fällen aus politischen/ethnischen Gründen verweigert. Deshalb würde die EP-Delegation eine Klarstellung in dieser Angelegenheit sowohl von der bhutanischen Regierung als auch von der Europäischen Kommission – hinsichtlich einer möglichen Beobachtung der Wahlen 2008 – begrüßen. Nach Meinung der Vorsitzenden der Delegation könnte eine aktive Präsenz der Europäischen Kommission helfen, den freien und fairen Charakter der Wahlen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Wahlen allen offenstehen.

Zum Thema Anwesenheit internationaler Beobachter haben offizielle Vertreter Bhutans im Übrigen betont, dass SAARC-Beobachter willkommen seien, ebenso offizielle Beobachter von internationalen Organisationen, zu denen Bhutan Beziehungen geknüpft hat. Solche Ersuchen müssten allerdings im Vorfeld gestellt und über die entsprechenden diplomatischen Kanäle geleitet werden (d. h. das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Abstimmung mit dem Wahlausschuss).

*

* *

Die Delegation hatte auch Gelegenheit zu Gesprächen mit dem Landwirtschaftsminister (zu Projekten im ländlichen Raum und zur Flächenbewirtschaftung) und dem Finanzminister (Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaft Bhutans, Probleme der Armut) sowie zur Besichtigung eines Projekts der traditionellen Medizin, das EU-Finanzmittel erhält. Bei mehreren der dort produzierten Arzneimittel sind ausgerechnet beim Export nach Europa Probleme aufgetreten, da die Anforderungen, die sie dort erfüllen müssten, zu streng sind. Dennoch waren die EP-Mitglieder der Meinung, dass die EU-Hilfe weiterlaufen und auf Unterstützung beim gewerblichen Rechtsschutz ausgedehnt werden sollte, da es Fälle von Nachahmungen in der Region gegeben hat.

II NEPAL: Große Skepsis gegenüber dem Wahlablaufplan

Als die Delegation in Nepal eintraf, fand sie eine recht turbulente politische Situation vor. Im Parlament waren jetzt Maoisten vertreten, die unter UNO-Aufsicht begonnen hatten, ihre Waffen niederzulegen, aber ihre anhaltende Praxis der Erpressung hatte zu echten Protesten in der Bevölkerung und zu Generalstreiks in Kathmandu und den wichtigsten städtischen Zentren geführt. Gleichzeitig wuchs die Unruhe in Süd-Nepal – der Terai-Region –, wo ethnische Gruppen in einer Protestbewegung für die Autonomie der Region eintraten und es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Maoisten kam (kurz vor Abreise der Delegation wurde von 26 Opfern berichtet).



Ein alltäglicher Anblick in Kathmandu: Plakate, die zur Einkerkelung von König Gyanendra aufrufen

Zugleich warnten die Maoisten angesichts weit verbreiteter Spekulationen über einen erneuten Aufschub der Juni-Wahlen zur Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung, die über die etwaige Beibehaltung der Monarchie entscheiden würde, dass sie für diesen Fall „*die Ausrufung der Republik von der Straße*“ ins Auge fassen würden.

Wie Herr Sharma Oli, Stellvertreter des Premierministers, erläuterte, verhielten sich die Maoisten immer noch sehr aggressiv. Es gebe allerdings Hoffnung, dass sie mit ihrer schrittweisen Einbindung in das politische Leben – sowohl im Parlament als auch in der Regierung – von diesem Verhalten abkommen würden. Zwar „*haben sie noch keinen Gewaltverzicht erklärt (...), aber sie können nicht mehr zurück, weil sie viele Verpflichtungen eingegangen und jetzt Teil des Verfahrens sind*“. Herr Subash Nemwang, Sprecher des Repräsentantenhauses, zeigte sich ebenfalls recht optimistisch, weil „*sich das ganze Land dafür engagiert, dass die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung wie geplant stattfindet*“; er versicherte den EP-Mitgliedern auch, dass „*wir alle notwendigen Vorbereitungen treffen*“, um die gesetzlichen Grundlagen für die Durchführung der Wahlen im Juni zu schaffen.



Die Vorsitzende mit Premierminister Koirala

Premierminister Koirala erläuterte, dass die Maoisten das Friedensabkommen formell akzeptiert haben, *„auch wenn sie sich nicht*

immer daran halten“. Es gilt jetzt, für die Einhaltung zu sorgen und Vertriebenen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen, wenn die Maoisten eine Regierungsbeteiligung wirklich wollen. Der Premierminister räumte ein, dass *„die Lage in Bezug auf Recht und Ordnung nicht so gut ist“*. Auf die Frage von EP-Mitgliedern der Delegation, wie die Regierung dies im Kontext der Wahlen lösen will, antwortete Herr Koirala nicht direkt. Stattdessen betonte er, dass die internationale Gemeinschaft massiv Wahlbeobachter entsenden sollte, weil deren Anwesenheit eine enorme psychologische Wirkung auf die Wähler haben würde, da ihr Vertrauen in den Wahlprozess dann gewaltig steigen würde.

Deshalb fragten sich zumindest einige EP-Mitglieder, ob der Hauptzweck der EU-Wahlbeobachtermission für die nepalesischen Behörden wohl darin besteht, mit deren Anwesenheit den freien und fairen Charakter der Wahlen zu sichern, statt diesen zu überwachen.

Bezüglich des Zeitpunkts der Wahlen blieb der Premierminister dabei: *„Sie werden im Juni stattfinden“* und *„Beobachter werden sich ungehindert bewegen können“*. Er wies darauf hin, dass ein Aufschub bedeuten würde, dass dann lange Zeit keine Wahlen stattfinden, was *„viele Komplikationen zur Folge hätte“*. Damit spielte er möglicherweise auf die verdeckten Drohungen der Maoisten an, in einem solchen Fall die Republik (und die Abschaffung der Monarchie) *„von der Straße“* zu proklamieren. Kurz gesagt, Premierminister Koirala schloss mit der Bemerkung *„wir brauchen die Unterstützung der EU“* und vergaß dabei nicht, die EP-Abgeordneten daran zu erinnern, dass die Regierung einen Haushalt für die Armen aufgestellt hat, weil die Menschen sehen müssen, dass *„sich Frieden auszahlt“*: Die EP-Mitglieder hatten während ihres Besuchs den Eindruck, dass eine solche Unterstützung in der Tat notwendig ist, aber Nepal sollte selbst Schritte unternehmen, um die Lage in mehreren Sektoren zu verbessern, wo dringend etwas geschehen muss, beispielsweise beim Drogenhandel und bei der Einbeziehung der Frauen.

Die künftigen Aussichten des Friedensprozesses wurden gründlich beleuchtet, vor allem bei einem Meinungsaustausch mit Herrn Ian Martin, dem Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs und Leiter der United Nations Mission in Nepal (UNMIN). Zwar waren sich alle Teilnehmer einig, dass der Friedensprozess mit dem Wahlzeitplan verknüpft ist, aber man stellte auch fest, dass sich die Lage gegenüber den Bedingungen, die in Nepal 2005 und 2006 herrschten, deutlich verbessert hatte, und zwar trotz aller Schwierigkeiten, die noch immer einer Lösung harren. Eine Herausforderung besteht darin, Wege zu konzipieren, wie die Kader der Maoisten, die sich derzeit in Quartieren befinden, wieder vollständig in das zivile Leben integriert werden können.

Mit Herrn Bhojraj Pokharel, Leiter der Wahlkommission, und in Anwesenheit vieler weiterer Mitglieder der Kommission wurden technische Probleme im Vorfeld der Wahlen erörtert. Herr Pokharel erklärte, dass

- erstmals seit zehn Jahren die Wahlkommission im ganzen Land tätig sein kann;
- der Wahlprozess mit dem Friedensprozess verknüpft ist; Wahlen sind ein entscheidender Faktor, wenn es um Frieden und Stabilität geht;
- man davon ausgeht, dass sich 17 Millionen Wähler eintragen werden;
- das anzuwendende Wahlsystem eine Mischform ist, die bestimmte Elemente des Verhältniswahlrechts enthält.

Doch es erwies sich rasch, dass viele Fragen noch ungeklärt waren, beispielsweise folgende:

- Das Gros der erforderlichen Rechtsgrundlagen ist vom Parlament immer noch nicht verabschiedet worden.
- Die Wahlkreise sind noch nicht geographisch festgelegt; diese „schmerzliche Aufgabe“ liegt – zumindest teilweise – in den Händen der Regierung.
- Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen werden noch weitere 30 000 Helfer benötigt; es ist nicht klar, wie man sie gewinnen kann, wenn noch kein Wahltermin feststeht.
- Die Regierung befindet sich in einer sehr misslichen Lage: Sie hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass sich jeder sicher genug fühlt, um an den Wahlen teilzunehmen, aber es steht auch fest, dass man der Königlichen Nepalesischen Armee und der Polizei dies nicht zutraut.

Wie Herr Pokharel erläuterte, wurde den Parteien Nepals zu verstehen gegeben, dass aus technischer Sicht *„die Einhaltung des Termins Juni inzwischen sehr schwierig geworden ist“*. Auf Nachfrage von Frau Gill stellte er klar, dass *„es keinen Plan B gibt“*; sollten die Wahlen aber *nicht* im Juni stattfinden, was der EP-Delegation am wahrscheinlichsten erschien, hielt er es für unwahrscheinlich, dass sie vor dem Ende des Monsuns (d. h. nach dem Herbst) abgehalten werden könnten.

B. Die Flüchtlingsproblematik

I. Der Sachverhalt

In sieben UNHCR-Lagern im Osten Nepals leben 104 000 bhutanische Flüchtlinge, die vielleicht nepalesischer Abstammung oder nepalisprachig (*Lhotshampas*) sind, aber auf jeden Fall behaupten, bhutanische Staatsangehörige zu sein. Die ersten kamen Anfang der 90er-Jahre, nachdem Bhutan sein Staatsbürgerschaftsgesetz rückwirkend geändert hatte¹, und gaben als Grund Verfolgung durch die bhutanischen Behörden wegen ihrer Sprache und Kultur an. Mehrere Verhandlungsrunden zwischen Nepal und Bhutan auf Ministerienebene führten zu einer ersten Vereinbarung im Dezember 2000, um die Besichtigung der Lager durch gemeinsame Verifikationsteams (Joint Verification Teams, JVT) zu ermöglichen. Die JVT ordnen die Flüchtlinge nach folgenden Kategorien ein:

- Kategorie I: zwangsausgewiesene bhutanische Staatsbürger
- Kategorie II: freiwillig aus dem Land ausgereiste bhutanische Staatsbürger
- Kategorie III: Nicht-Bhutanesen
- Kategorie IV: vorbestrafte bhutanische Staatsbürger

Das Verifikationsverfahren fand 2004 nur im Lager von Khudunubari statt, wo etwa 12 000 Fälle überprüft wurden. Die JVT stuften nur **4,8 %** der Flüchtlinge als echte bhutanische Staatsbürger ein, die Hälfte davon vorbestraft. Die Gespräche über die Modalitäten für ihre Rückführung zusammen mit Kategorie II (70 % müssten allerdings die Staatsbürgerschaft neu beantragen) kamen jedoch zum Stillstand, nachdem die offiziellen bhutanischen Vertreter in den JVT am 22.12.2004 von einer Ansammlung aufgebrachter Flüchtlinge angegriffen wurden. Die Situation lässt sich seither bestenfalls als völliger Stillstand bezeichnen.

Man sollte berücksichtigen, dass die Bevölkerung Bhutans, die einmal auf über eine Million geschätzt wurde, von Thimphu kontinuierlich heruntergesetzt wurde. Einer aktuelleren Volkszählung zufolge (2005), die im Vorfeld zu den Wahlen durchgeführt wurde, zählt Bhutan 672 425 Staatsangehörige. Der bhutanische Premierminister informierte die Delegation, dass nach einer aktuellen Schätzung „125 000 ausländische Bürger in unserem Land leben, die meisten davon illegal“. Nach den Worten des Premierministers wird diesen Personen derzeit der Aufenthalt in Bhutan gestattet, denn „wegen der Ereignisse in den 90er-Jahren haben wir nichts unternommen“².

Die Europaabgeordneten trafen außerdem mit Vertretern der internationalen Gemeinschaft zusammen, die mit dieser Angelegenheit befasst sind: mit den Botschaftern Chinas, der Vereinigten Staaten, Japans und Indiens sowie Herrn Abraham, dem UNHCR-Vertreter in Nepal. Die EP-Delegation vermittelte ihren Standpunkt, dass eine schnelle Lösung gefunden werden muss und dass es nicht zweckmäßig ist, den Status quo in den Lagern bis in alle Ewigkeit zu finanzieren. Daher scheine die aktuelle Initiative der USA, 60 000 Flüchtlinge in den USA aufzunehmen, teilweise einen Ausweg aus der Sackgasse zu bieten; die Gewährung

¹ Bhutan änderte sein Staatsbürgerschaftsgesetz im Dezember 1958 und letztmalig im Dezember 1990. Diese letzten Änderungen bedeuteten in der Praxis, dass alle Personen, die nicht nachweisen konnten, dass sie vor 1958 ihren Wohnsitz in Bhutan hatten (oder Nachfahre einer dort wohnhaften Person waren), das Land verlassen mussten und ihnen die Staatsbürgerschaft als unrechtmäßig gewährt entzogen wurde.

² Der Premierminister erläuterte nicht näher, was in den 90er-Jahren geschah und wer dafür verantwortlich war.

von „Green Cards“ sei mit Freizügigkeit und dem Rechts auf Beschäftigung in den gesamten USA verbunden.

Warum diese Initiative? Wie die US-amerikanischen Vertreter in Kathmandu erklärten, „*wird Bhutan niemals jemanden zurücknehmen*“, da „*dies ein Schuldeingeständnis für eine ethnische Säuberung wäre*“. Deshalb wird im April eine „Overseas Processing Entity“ (Abwicklungsstelle) ihre Arbeit in Nepal aufnehmen, so dass die Umsiedlung der Flüchtlinge noch vor Ende 2007 anlaufen kann. Anvisiert sind offenbar 12 000 Personen pro Jahr, und das Programm, das ursprünglich auf fünf Jahre angelegt war, könnte verlängert werden, damit insgesamt 84 000 Personen erfasst werden können.

Die US-amerikanischen Behörden betonten zudem, dass das Programm allen Flüchtlingen offen steht („*alle, die umgesiedelt werden wollen, werden auch umgesiedelt*“), auch wenn jeder einzelne Antrag gründlich geprüft werden wird, doch wegen der Politik der USA, die Maoisten in Nepal als terroristische Vereinigung anzusehen, steht zu bezweifeln, dass Flüchtlinge, die als maoistische Rebellen gelten, berücksichtigt werden¹. Inhaber einer „Green Card“ können später die Staatsbürgerschaft beantragen und sich vollständig in die US-amerikanische Gesellschaft integrieren.

II. Die Gespräche

Die EP-Delegation hat sich eingehend mit der Problematik beschäftigt; die Delegationsmitglieder trafen sich mit offiziellen Vertretern des UNHCR, des WEP und des UNDP wie auch mit Repräsentanten der Flüchtlinge in Kathmandu. Ferner hatte die Delegation Gelegenheit, das Thema mit den Herren Koirala und Lyonpo Khandu Wangchuk, den Premierministern von Nepal bzw. Bhutan, zu erörtern (das vom bhutanischen Premierminister überreichte Memorandum ist im Anhang beigelegt).

Die offiziellen Standpunkte der beiden Länder sehen somit wie folgt aus:

Bhutan:

- Im Gegensatz zur Wortwahl des UNHCR und der internationalen Gemeinschaft² hält man den Begriff „Flüchtling“ für unangebracht, da man das Problem rein unter dem Aspekt der illegalen Zuwanderung betrachtet.
- Illegalen Zuwanderern kann man nicht die Staatsbürgerschaft verleihen, denn damit würde man „*einen gefährlichen Präzedenzfall*“ schaffen.
- Man erklärt seine „*Entschlossenheit, dieses Problem zu lösen*“ und die Bereitschaft, am Rande der nächsten SAARC-Gipfeltreffen mit der nepalesischen Seite darüber Gespräche zu führen.
- Man sieht die politische Instabilität Nepals als Hauptfaktor, der eine zügige Lösung bisher verhindert hat.

¹ Botschafter Moriarty unterschied jedoch zwischen Anführern der Maoisten und reinen Sympathisanten.

² Einschließlich des Europäischen Parlaments in seinen Entschließungen vom 7.9.2000 und 14.3.1996.

- Man erwartet von Kathmandu, für die ausreichende Sicherheit der gemeinsamen Verifikationsteams zu sorgen, damit diese ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können.
- Sobald dies der Fall ist, wird Bhutan die Rückführung von Personen akzeptieren, die unter die Kategorien I (echte bhutanische Staatsangehörige) und IV (vorbestrafte Bhutanesen) fallen. Der Premierminister erklärte: „*Wir stehen zu dieser Verpflichtung*“. Die Kategorie II wird danach geklärt.
- Es gibt die Befürchtung, dass maoistische Elemente die Lager unterwandert haben. Damit hat Bhutan wenig Bewegungsspielraum, da „*ernsthafte Sorge wegen Terror und Instabilität besteht; die Aufnahmekapazitäten Bhutans sind damit sehr begrenzt*“.

Nepal:

- Man akzeptiert, dass viele der Flüchtlinge tatsächlich nepalisprachig (*Lhotshampas*) oder nepalesischer Herkunft sind, beharrt aber darauf, dass sie bhutanische Staatsbürger sind und ein Recht auf Rückkehr in ihr Heimatland – Bhutan – haben, da sie über Generationen auf bhutanischem Boden lebten.
- Premierminister Koirala: „*Dies ist ein chronisches Problem, sollte aber nicht unser Problem sein*“. Nepal erinnert daran, dass Bhutan und Nepal nicht aneinander grenzen: „*Warum hat Indien dies zugelassen, indem es die Flüchtlinge in unser Land ließ?*“
- Man macht geltend, dass es vielleicht Probleme gab, als die JVT ihre Tätigkeit aufnahmen, aber dass Nepal seither angeboten hat, die von Bhutan geforderten Sicherheitsgarantien zu leisten.
- Man akzeptiert freiwillige Umsiedlungen der Flüchtlinge in Drittländer und wird hier keine Steine in den Weg legen.



Im Flüchtlingslager Timai: offenes Gespräch mit Flüchtlingen

Eine Arbeitsgruppe der Delegation besuchte auch das UNHCR-Flüchtlingslager in Timai, eines der ersten, die 1991 spontan von den Flüchtlingen errichtet wurden, und war Zeuge der Flüchtlingszählung, die das UNHCR durchführt. Heute leben im Lager 10 300 Menschen, von denen 42 % unter 17 Jahre alt sind und also Bhutan nie gesehen haben. Die Abgeordneten wurden vom UNHCR vor Ort über die Lage unterrichtet und konnten auch direkt mit den Flüchtlingen über deren Notlage sprechen, wobei das heikle Thema der Umsiedlung in ein Drittland zur Sprache kam.

Die EP-Delegation stellte Folgendes fest:

- Für viele Flüchtlinge ist die Vorstellung, von einem gemeinsamen Verifikationsteam überprüft zu werden, das mit der Bewertung ihrer Staatsangehörigkeit beauftragt ist, eine zutiefst demütigende Erfahrung.
- Unabhängig von ihrer mutmaßlichen nepalesischen Herkunft haben viele Flüchtlinge ein ausgeprägtes Gefühl bhutanischer Identität und eine Bindung zur Kultur und zu den Bräuchen bewahrt, die sie vor 17 Jahren zurückließen.
- Kurse in Dzongkha sind nach wie vor Teil des Lehrplans an den Schulen in den Flüchtlingslagern, und zwar ohne jede Unterstützung seitens der bhutanischen Regierung.
- Insbesondere die Einstufung von Personen in die Kategorie IV („vorbestrafte bhutanische Staatsbürger“) scheint nach äußerst schwer durchschaubaren Kriterien zu erfolgen: Es wurde von mehreren Fällen berichtet, bei denen sich die Einstufung in die Kategorie IV sogar auf Personen erstreckt, die in den Lagern geboren wurden. Hier wäre eine Erklärung dafür angebracht, wie solche Personen denn in Bhutan vorbestraft sein können. In anderen Fällen wurden Berichten zufolge mehrere Personen als Straftäter eingestuft, weil man ihre Verwandten Ende der 80er-Jahre einer – sehr vage definierten – „antinationalen Tätigkeit“ verdächtigte.

III. Fazit der Delegation

Zum gemeinsamen Verifikationsverfahren:

- Der EP-Delegation ist bewusst, dass das gemeinsame Verifikationsverfahren für die große Mehrheit der Flüchtlinge, die sich zu Unrecht ausgewiesen fühlen, schmerzlich ist. Sie betont jedoch, dass die gemeinsamen Verifikationsteams die Möglichkeit haben müssen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, wenn auch nur um der schätzungsweise 5 % der Lagerbewohner willen, deren Staatsbürgerschaft nicht in Frage steht. Sowohl Bhutan als auch Nepal werden aufgerufen, die Durchführung des Verfahrens unter der Aufsicht des UNHCR zuzulassen.
- Die nepalesischen Behörden werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass diese Teams unter wirklich sicheren Bedingungen arbeiten können, und nach Wegen zu suchen, möglicherweise in Zusammenarbeit mit der Abwicklungsstelle der USA in Kathmandu, um zu gewährleisten, dass der berechtigten Sorge Bhutans um die Sicherheit ihrer offiziellen Vertreter Rechnung getragen wird. Die EP-Delegation erinnert daran, dass Nepal die Seite ist, die letztlich die Verantwortung dafür trägt, dass die Vorfälle im Lager Khudunubari Ende 2004 geschehen konnten.

Zur Rückführung nach Bhutan:

- Die bhutanischen Behörden werden dringend aufgefordert, eine Amnestie für die Personen in Erwägung zu ziehen, die unter die Kategorie IV fallen. Die EP-Delegation weist darauf hin, dass niemand, auch nicht Bhutan, Zweifel an deren bhutanischer Staatsbürgerschaft hat. Aus Sicht der EP-Delegation müsste die bhutanische Regierung doch der Meinung sein, dass es Strafe genug ist, wenn jemand dazu verurteilt ist, 17 Jahre in einem Flüchtlingslager außerhalb des eigenen Landes zu leben, welche

Straftat Ende der 80er-Jahre auch begangen wurde (oder vielleicht nicht begangen wurde, da nicht klar ist, ob diese Personen je vor Gericht standen).

- Desgleichen sollte aus Sicht der EP-Delegation die freiwillige Rückführung in Sicherheit und Würde aller Personen, die unter die Kategorien I und IV fallen, sowie ihrer Angehörigen, unverzüglich beginnen und natürlich **nicht** erst, wenn der Status des letzten Flüchtlings im letzten Lager festgestellt worden ist. Die EP-Delegation würde gern erfahren, welche konkreten Schritte Bhutan zugunsten der Personen ergreifen will, die es in dieser Hinsicht als seine Staatsangehörigen akzeptiert.

Zur Umsiedlung in Drittländer:

- Die EP-Delegation begrüßt die Angebote von Drittländern, beispielsweise den USA, Australien oder nordischen Ländern, die eine freiwillige Umsiedlung ermöglichen. Ihr ist bewusst, dass dies für die meisten Flüchtlinge nicht die ideale Lösung ist¹, und vertritt die Auffassung, dass diese mit dieser Alternative nicht ihr Recht auf Rückkehr verlieren, das im Völkerrecht verankert ist. Dennoch verkörpert die Umsiedlung in ein Drittland eine echte und greifbare Hoffnung, zumindest für den Großteil, der staatenlos ist und unter die Kategorie II fällt bzw. fallen würde. Die EP-Delegation begrüßt insbesondere die Zusage der USA, dass die „Green Card“ den Weg zu einer vollen Staatsbürgerschaft eröffnet.
- Die EP-Delegation fordert daher die nepalesische Regierung auf, die von Premierminister Koirala persönlich abgegebene Zusage einzuhalten und eine ausdrückliche Garantie zu geben, dass sie mit der Abwicklungsstelle der USA, der Overseas Processing Entity, (und vergleichbaren Gremien) zusammenarbeiten und die Umsiedlung von Flüchtlingen aktiv erleichtern wird, und zwar während der gesamten Dauer diese Vorgänge.
- Ferner werden die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, ähnliche Regelungen zu treffen, wie sie von den USA und einigen Mitgliedstaaten bereits vorliegen, um ihren Teil zu einer umfassenden und koordinierten Lösung des Problems beizutragen. Die Mitgliedstaaten werden daran erinnert, dass die Flüchtlingsproblematik bis jetzt von europäischem Interesse ist, da die EU-Organe mit dem Thema befasst sind, seit es in ihre Zuständigkeit fällt, und sie die UNHCR-Lager – direkt oder indirekt – seit fast zwei Jahrzehnten finanzieren.

Zu anderen Möglichkeiten der Integration der Flüchtlingsbevölkerung:

- Nepal wird ebenfalls aufgefordert, einigen Flüchtlingen, und insbesondere denen, die die JVT in die Kategorie III (Nicht-Bhutanesen) eingestuft haben bzw. einstufen werden, eventuell die Möglichkeit zu eröffnen, sich in die Gesellschaft zu integrieren, indem es ihnen die volle nepalesische Staatsbürgerschaft verleiht.

Zu künftigen Aussichten:

- Die EP-Delegation ist der festen Überzeugung, dass sich die Geschehnisse, zu denen es in den 90er-Jahren kam, nicht wiederholen dürfen. Sie ist vor allem besorgt darüber, dass

¹ Ist es die ideale Lösung für Bhutan? Man könnte ins Feld führen, dass diese Personen, solange sie der Meinung sind, sie seien zu Unrecht gewaltsam aus ihrem Land vertrieben worden, langfristig wahrscheinlich eine einflussreiche Interessengruppe darstellen werden, wenn sie in das öffentliche Leben der USA integriert sind. Ob die bhutanischen Behörden dies in Betracht gezogen haben, ist natürlich eine andere Frage.

bei der Volkszählung 2005 in Bhutan festgestellt wurde, dass es sich bei 125 000 im Land lebenden Personen um „Ausländer“ handelt. Die EP-Delegation fordert daher die bhutanische Regierung auf, ihren Standpunkt deutlich zu machen und zu erklären, wie viele davon zu einem beliebigen Zeitpunkt als bhutanische Staatsbürger betrachtet wurden, wie viele jetzt als legale Einwanderer angesehen werden, wie viele als illegal gelten, und dies anhand transparenter und objektiver Kriterien zu tun.

- Die EP-Delegation hält es für wenig sinnvoll, die Maßnahmen zu hinterfragen, die Indien Anfang der 90er-Jahre ergriffen bzw. nicht ergriffen hat, als es vor einem Problem stand, das es weder verursacht noch erwartet hatte: dem Zustrom von Flüchtlingen aus Bhutan. Doch besonders angesichts der aktuellen Lage in Südost-Nepal weist die EP-Delegation darauf hin, dass eine zweite Flüchtlingswelle, sollte es dazu kommen, Nepal und die umliegende Region noch weiter destabilisieren könnte. Deshalb fordert die EP-Delegation Indien, einen strategischen Partner der Europäischen Union, dazu auf, aktiv zwischen Bhutan und Nepal zu vermitteln und mit Entschlossenheit zu verhindern, dass noch einmal ein solches Problem auftritt.

An die Europäische Kommission:

- Die EP-Delegation ist sich sicher, dass sie weder die GD RELEX noch die GD ECHO daran erinnern muss, dass das Europäische Parlament die Haushaltsbehörde der Union ist und dass die Notlage der bhutanischen Flüchtlinge in den letzten Jahren zweimal auf der Tagesordnung des EP-Plenums stand. Alarmiert durch neue Informationen aus den UNHCR-Lagern fordert die EP-Delegation deshalb die Europäische Kommission auf, keine Schritte zu unternehmen, die das Leben in den Lagern noch schwerer machen, und bis zum 15. September sowohl der zuständigen Delegation als auch dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments ausführlich darzulegen, wie sie die künftige Situation sieht. Die Delegation wird die Angelegenheit im Auge behalten.

*

*

*

Position Paper
of the Royal Govt of Bhutan;
submitted to EP Delegation 19/3/2007

ANNEX

BRIEF ON THE ISSUE OF THE PEOPLE IN THE CAMPS IN NEPAL

I. BACKGROUND

1. The entry of people of Nepalese origin into Bhutan started in the beginning of the 20th century when the agents of the Royal Government of Bhutan were allowed to employ these economic migrants to extract timber in the dense tropical forests of Samtse, the westernmost district in Bhutan's southern foothills. Also known as "tangias" or forest labourers they were, by contract, prohibited from establishing a permanent place of residence in Bhutan. Later, they were allowed to stay as tenant farmers in the areas where the forests were cleared. In the absence of any mechanism for regulating such people, they started to settle in parts of the southern districts. Proper district administrations in southern Bhutan were established only in the early 1980s.
2. The Royal Government, upon receiving the petitions of this group of economic migrants, granted them Bhutanese citizenship as a one time measure in 1958 in accordance with the decision passed by the 11th session of the National Assembly of Bhutan. In keeping with this decision, citizenship was granted to all Nepalese who had been living in Bhutan for more than 10 years prior to 31st December 1958. These people and their descendants are genuine Bhutanese citizens. Today, they constitute over 20% of the population and are participating actively in all walks of life including the civil service, the security forces, the parliament and in the business sector.
3. After 1958, the Royal Government has continued to grant citizenship to people of Nepalese origin from Nepal and India. For example, following the first nationwide census in 1988, 12103 such people were granted citizenship by His Majesty the King. Ethnic Nepalese who apply and fulfil the requirement continue to be granted citizenship to this day.
4. Those who entered Bhutan later and acquired citizenship, land and property illegally are not Bhutanese citizens and cannot be accepted as such under our citizenship laws. Granting citizenship to such people would be against our citizenship laws. It would create a dangerous precedent for a small country like Bhutan. The UNFPA-assisted Population and Housing Census carried out in May 2005 counted 125,336 foreigners working in the country who could also make similar demands for citizenship. Most of them are illegally in the country but we are not able to take any action against them for fear of creating similar problems as in the past.

II. BHUTAN'S SECURITY CONCERNS

1. The infiltration into the camps by Maoist elements and the formation of radical parties such as the Bhutan Communist Party, Bhutan Gorkha National Liberation Front and the Bhutan Revolutionary Students Union are of serious concern to Bhutan. These parties have declared their intention to enter Bhutan to engage in violence to achieve their political ends and to end the monarchy in Bhutan through an armed revolution. The Bhutan Communist Party is a member of the Coordination Committee of Maoist Parties and Organizations of South Asia (CCOMPOSA) which has recently vowed "to deepen and advance the new democratic revolutions in different countries of South Asia" and to "turn South Asia into a flaming field of peoples' revolutionary upsurges". It is common knowledge in Bhutan, Nepal and amongst international organizations that large numbers of people in the refugee camps in Jhapa are supporting and joining the Maoist movement in Nepal. Maoist flags are openly flying in the camps and posters are also seen in the camps. They are listed as refugees in the camps and at the same time registered as Maoist members. Recently in September 2006, the Royal Bhutan Police recovered two bombs planted in different locations in Phuentsholing town in southern Bhutan. The Maoists from the camps in Nepal used Nepalese from across the border to plant these bombs. Due to our small size, Bhutan is not in position to absorb even a fraction of the violence and lawlessness that pervades Nepal. Allowing the highly politicized camp people into Bhutan would mean importing ready made radical political parties and terrorists to duplicate the violence, terror and instability the Maoists have unleashed in Nepal.
2. Of equal concern is the growing nexus between the militant elements in the camps and the Indian Maoists/Naxalites and insurgent groups who were flushed out of Bhutan in 2003.
3. In a culmination of the process of political reforms that His Majesty the Fourth King has been carrying out, a draft written constitution that will usher in parliamentary democracy has been distributed to the people and consultations with the public of all twenty districts have been completed. The first national election to elect a government under a system of parliamentary democracy will take place in 2008. For the new political system to be smoothly and successfully introduced, it is critical for Bhutan at this delicate juncture to maintain its peace and stability.

III. OTHER CONCERNS

1. The camps in Jhapa, Nepal receive one of the highest levels of support and assistance compared to similar refugee camps in the world. For example, the residents receive free services and facilities that exceed basic food and shelter. These include health care, education including higher studies, vocational training, and even kerosene and cooking oil. In fact many observers note that life in the camps is much better than those prevailing in rural Nepal, India and Bhutan. This is the main reason why so many Nepalese have congregated in the camps claiming to be refugees from Bhutan and why they continue to stay in the camps so that they can avail all the facilities provided to them.
2. People in the camps are not permitted to go out to meet their relatives in Nepal and India or in search of jobs without a written Out Pass.
3. The governments of Nepal are making every effort to maintain the people in the camps as Bhutanese refugees.

IV. PRESENT STATUS

1. There is a misperception that Bhutan is not responsive or willing to resolve the problem. Nothing could be further from the truth. The RGOB is committed to resolving the situation through the bilateral process with the Government of Nepal, on the basis of agreements previously reached by the two governments. Our continuous efforts and actions to date clearly demonstrate this.
2. The governments of Bhutan and Nepal have been meeting regularly at the Ministerial level to discuss the resolution of the issue of the people claiming to be Bhutanese refugees in the camps in eastern Nepal. In the past year, these meetings have been taking place on the sidelines of conferences and meetings at the UNGA, NAM, SAARC and BIMSTEC. The latest meeting was held on 20 September 2006, on the sidelines of the UN General Assembly in New York, between the Foreign Minister of Bhutan and Mr. K.P. Sharma Oli, Deputy Prime Minister and Minister for Foreign Affairs of Nepal. The two Ministers have also exchanged letters and spoken over telephone during the month of October 2006.
3. In recent meetings, the Government of Nepal have introduced a new element by stating that the problem is between Bhutan and the camp people and not between Bhutan and Nepal, and that Bhutan should talk directly to the people. The Government of Nepal have even stated in the press that it would not abide by the past agreements reached between the two governments. The Government of Nepal's latest position is that all the

people in the camps have to be repatriated. The Government of Nepal have also stated the following:

- Nepal can only facilitate to resolve the problem.
- Nepal had only given asylum to the people on humanitarian grounds.
- The prime onus to resolve the stalemate lies with Bhutan.
- The Government of Nepal wants to make a fresh start, doing away with past agreements.

4. The Royal Government of Bhutan cannot accept the Government of Nepal's new position that the problem is between Bhutan and the people in the camps in Nepal, and that Bhutan should talk directly with the people in the camps.

- i) As conveyed to the Government of Nepal during earlier meetings, during the discussion over telephone with Mr. Oli on 19 October 2006 and in Lyonpo's letter dated 25 October 2006 to Mr. Oli, the issue must be resolved through the bilateral process and in accordance with the signed agreements between the two Governments.
- ii) The two Governments had agreed from the beginning of talks in 1993 that they were in the best position to find a solution to the problem through the bilateral process. The Royal Government and successive governments in Nepal have always reiterated their commitment to the bilateral process.
- iii) Furthermore, it will neither be useful nor practical for the Royal Government to talk to the people in the camps as many of the people are not Bhutanese. The camps have also been infiltrated by Maoist elements and several radical parties such as the Bhutan Communist Party, Bhutan Gorkha National Liberation Front and the Bhutan Revolutionary Students Union have been formed with the declared objective of carrying out armed struggle to overthrow the Royal Government of Bhutan. Moreover, it was the Government of Nepal which established the camps and sought UNHCR assistance in 1991 when there were only 304 persons claiming to be Bhutanese refugees. Until mid-1993 all ethnic Nepalese claiming to be Bhutanese refugees were admitted into the camps without proper screening.
- iv) The Government of Nepal's involvement in the process is necessary as there is clear agreement on Category 2 whereby people under this category who do not wish to return to Bhutan will be given the option to apply for Nepalese citizenship.
- v) The Government of Nepal's involvement and agreement is also necessary for settlement of the people in third countries.
- vi) These and other reasons have already been explained at length to the Government of Nepal during the meeting between the two Foreign Ministers in September 2006 in New York.

vii) Therefore, Nepal has both moral and legal responsibility over the problem.

5. The Government of Nepal's present proposal for the Royal Government to talk to the people in the camps is an entirely new element and not in keeping with the agreements reached between the two Governments. At a time when the two Governments are trying to move forward, this proposal is a step backward and could derail the bilateral process. This would mean going back on all the agreements reached between the two governments and undoing all that has been achieved in the past fourteen years.
6. The Royal Government of Bhutan's position is that the issue must be resolved through the bilateral process and in accordance with the signed agreements between the two Governments, and it is not agreeable to talk to the people in the camps.
7. The Maoists have now joined the interim legislature-parliament in Nepal with the Seven Party Alliance. In the interest of Bhutan's security, it is important and necessary to know the intentions and policies of the Maoists towards Bhutan and the Royal Government, and their position on the people in the camps in eastern Nepal.

V. THE NEXT STEP

1. To move the bilateral process forward, the Royal Government of Bhutan had offered to the Government of Nepal in 2005 to implement the decisions reached between the two governments on Category 1 and Category 4 from Khudunabari camp and to deal with Category 2 after resolving the afore-mentioned categories.
2. The Royal Government also proposed for the Joint Verification Team (JVT) members of the two countries to visit the camp to explain the terms and procedures to the people, as well as to collect applications of those opting to come to Bhutan. It was explained that in the event our JVT is not involved in the process and the people in the camps were simply put into buses and sent from Nepal, they would have to be stopped at the border to verify their eligibility to enter Bhutan. This would lead to thousands of people being stopped at the Indo-Bhutan border leading to serious law and order problems. Till date, the Government of Nepal have not agreed to the visit of the JVT.
3. Bhutan is hopeful that we will be able to find a way to move forward through the bilateral process with the Government of Nepal in keeping with the signed agreements between the two governments.

4. Our Foreign Minister had invited his Nepalese counterpart to Thimphu and it had been agreed to meet from 20 to 23 November 2006, but the talks had to be postponed on the request of the Deputy Prime Minister and Foreign Minister of Nepal.
5. The Royal Government appreciates the United States' offer of resettlement. However, the Government of Nepal is not keen on resettlement although they have finally agreed to the census of the people in the camps by the UNHCR and, as per media reports, have also agreed to the setting up of an Overseas Processing Entity in Kathmandu by the US Government. They are insisting that all the people be repatriated to Bhutan.

VI. RGOB – EU COOPERATION

1. Bhutan attaches high importance to its relations with the EU. The Royal Government is considering establishment of a resident mission in Brussels to further strengthen EU-Bhutan relations. Bhutan has received assistance from the EU since 1982, which has contributed greatly to the socio-economic development of the country. EU assistance to Bhutan is concentrated in the Renewable Natural Resources sector.
2. EU-Bhutan Cooperation started in 1982, when the first agreement on Plant Protection Services Project was signed. Since then, numerous activities have been undertaken in Bhutan in the agriculture and livestock sectors.
3. Visits by the European Parliament's Inter-Parliamentary and EC delegations as part of regular interactions between the EU and Bhutan have contributed towards understanding each other better and appreciating Bhutan's concerns.
4. The Permanent Mission of Bhutan to the UN in Geneva has been keeping the EC and European Parliament regularly briefed on progress in the bilateral talks with Nepal. Besides, Ministers from Bhutan visiting Brussels have always taken the opportunity to meet the EC Commissioner for Development Cooperation and Humanitarian Aid and the Commissioner for External Relations.
5. Despite our principled position against country specific resolutions at the UN General Assembly and the erstwhile Human Rights Commission, Bhutan has supported the EU on several resolutions.

- 
6. As a small landlocked country facing many challenges in safeguarding its security and sovereignty, and promoting socio-economic progress, the Royal Government looks forward to continued cooperation with the EU and its Member Countries.

* * * * *

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH SOUTH ASIA AND THE SAARC

PRESS RELEASE

Thimphu, 20 March

A 5-strong working group of the European Parliament's Delegation for Relations with South Asia and the South Asia Association for Regional Cooperation (D-SAARC) rounded up talks today with the Bhutanese authorities. The Delegation was led by Neena GILL (PSE, UK), and was composed by Lidia GERINGER DE OEDENBERG (PSE, PL), Robert EVANS (PSE, UK), Nirj DEVA (EPP, UK) and Sarunas BIRUTIS (LT, ALDE).

The D-SAARC delegation held its first visit in Bhutan since 2003, aiming at focusing on the political situation in the country in the run-up to the 2008 elections. In the words of the Chair, "*we really applaud the reforms initiated by HM King Jigme Singye Wangchuck and continued by HM Jigme Khesar Namgyal Wangchuck to introduce a functional parliamentary democracy in the country. This is a visionary step which has our full support*".

"*We are here to demonstrate our solidarity to the Government of Bhutan for a smooth transition in the framework of Constitutional Reform*". Furthermore, continued Ms Gill, "*this move can only be successful if the people of Bhutan embrace these changes*".

During its 3 day stay, the Delegation visited Paro and Thimphu and had the opportunity to meet key players such as Prime Minister Lyonpo Khandu Wangchuk, Finance Minister Lyonpo Wangdi Norbu, Agriculture Minister Lyonpo Sangay Ngedup and Attorney General Damcho Dorji. Members of the European Parliament (MEPs) also met with their counterparts from the National Assembly, led by Deputy Speaker Dasho Zhamling Dorji.

Election-related questions were discussed with Chief Election Commissioner Dasho Kunzang Wangdi. MEPs expressed some reservations on the, perhaps too stringent, requirement of holding a BA in order to stand at the elections could end up discriminating against women. Furthermore, as most BA holders are currently civil servants, MEPs wondered whether it would not be wiser to allow those who unsuccessfully run for office to return to the civil service: such a measure could stimulate active participation in the elections without undermining the administrative structure of the country.

Issues such as good governance and the fight against corruption were raised with Aum Neten Zangmo, Chair of the Anti Corruption Commission; despite the fact that this body is a recent one, Members were impressed by the dedication of the Officials working for it and their resolve in tackling a problem which affects developed and developing countries altogether.

The European Parliament's Delegation will leave for Nepal on 21/3, where they will also focus on the plight of the refugees who are currently in UNHCR camps. MEPs took note and will convey the commitment of the Bhutanese authorities, repeated on the occasion of the Delegation's visit, that repatriation of all persons in categories I and IV is, in principle, an agreed matter once the conditions are met for Joint Verification Teams to resume work.

For more information on the European Parliament: www.europarl.europa.eu

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH SOUTH ASIA AND THE SAARC

PRESS RELEASE

Kathmandu, 23 March

A 5-strong working group of the European Parliament's Delegation for Relations with South Asia and the South Asia Association for Regional Cooperation (D-SAARC) rounded up talks today with the Nepali authorities. The Delegation was led by Neena GILL (PSE, UK), and was composed by Lidia GERINGER de OEDENBERG (PSE, PL), Robert EVANS (PSE, UK), Nirj DEVA (EPP, UK) and Sarunas BIRUTIS (LT, ALDE).

This was the second visit of an EP Delegation in nine months; the main objectives of Members were to focus on the political situation in the country in the run-up to the constituent assembly elections which are currently scheduled for mid-June on one hand, and to examine whether any progress can be made as far as the Bhutanese refugees are concerned. Two Members are to visit the refugee camp in the South.

Specifically concerning the electoral process, in the words of the Chair, *“there is an urgent need for all parties to keep with the Comprehensive Peace Agreement and to respect it. A prosperous Nepal, where all people reap the dividends of peace, is a Nepal where citizens and the business community witness no intimidation.”*

“We are here to support parliamentary democracy and want to see a successful outcome to this process. That mainly depends on the population of Nepal feeling confident that it can participate freely in this process”

During its 3 day stay, the Delegation visited Kathmandu and had the opportunity to meet key players such as Prime Minister Koirala, Deputy Prime Minister and Foreign Minister Sharma Oli. Members of the European Parliament also met with their counterparts from the interim Legislature Parliament, led by Speaker Subash Chandra Nemwagh.

Election-related questions were discussed with Chief Election Commissioner Bojraj Pokhrel while Parliamentarians also addressed human rights and arms management issues with Special Representative Ian Martin and Head of the OHCHR Lena Sundh.

Ms Gill will meet representatives of the Press this afternoon at a Press Conference to be held at the Hyatt, 16:45pm.

For more information on the European Parliament: www.europarl.europa.eu

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH THE COUNTRIES OF SOUTH ASIA AND THE SOUTH ASIA ASSOCIATION FOR REGIONAL COOPERATION (SAARC)

**Working group visit to Nepal & Bhutan
Kathmandu, and Thimphu
18-24 March 2007**

Programme

Saturday, 17 March

Paro

15:00 - 17:00 Coordination meeting with the Bhutanese Protocol / German Presidency
with the EP Secretariat

Sunday, 18 March

Paro - Thimphu

11:40 Arrival of members at the Paro International Airport
• Received by
- Mr. Kesang Wangdi, Director, Department of Bilateral Affairs,
- Mr. Pasang Wangdi, Dy. Chief of Protocol and Protocol Officer

12:00 Visit National Museum

14:00 Leave for Thimphu

16:30 Arrival at the Phuntsho Pelri Hotel (Members only)

Monday, 19 March

Thimphu

09:30 Call on Dasho Zhamling Dorji, Dy. Speaker and Members of the National
Assembly

10:30 Meeting with Lyonpo Khandu Wangchuk, Hon'ble Prime Minister at the
Gyelyong Tshokhang

11:45 Meeting with M. Dasho Kunzang Wangdi, Chief Election Commissioner

14:30 Call on Ms Aum Neten Zangmo, Chairperson, Anti Corruption
Commission

15:45 Call on Dasho Damcho Dorji, Attorney General

18:30 Dinner with Lyonpo Khandu Wangchuk, Minister for Foreign Affairs

Tuesday, 20 March

Thimphu

09:30 Call on Lyonpo Wangdi Norbu, Minister of Finance

11:00 Call on Lyonpo Sangay Ngedup, Minister of Agriculture

13:00 Lunch offered by the EP to Dasho Zhamling Dorji, Dy. Speaker, National Assembly and to members of the Bhutanese Chamber of Commerce, *Bhutan Kitchen, Sakten Building*

14:00 Visit Institute of Traditional Medicine Services (Medicinal Plant Project – Phase-II supported by the European Commission)

15:00 Visit NSSC, Simtokha

18:45 Dinner

Wednesday, 21 March

Paro - Kathmandu

08:30 Leave for Paro

10:00 Arrive at Paro International Airport

10:45 Depart for Delhi

11:40 Arrival of members of the delegation in Kathmandu (Druk Air flight KB 204) and transfer to

Hotel Hyatt Regency Kathmandu

Taragaon, Boudha

Kathmandu, Nepal,

Tel : 977 1 4491234, Fax: 977 1 4490033

13:00 Reception hosted by
Mr. Dibya Mani Rajbhandari
European Economic Chamber of Trade, Commerce & Industry (EEC)

15:00 Meeting with Mr K.P. Sharma OLI, Deputy Prime Minister & Minister of Foreign Affairs
Ministry of Foreign Affairs
Shital Niwas

16:30 - 18:30 Meeting with Mr. Bhojraj POKHAREL
Chief Election Commissioner
Election Commission, *Kantipat*

19:00 Dinner with the EU Ambassadors hosted by the EP Delegation,
The Hyatt

Thursday, 22 March

Kathmandu

- 09:00 - 09:45 Meeting with Mr Girija Prasad KOIRALA, Prime Minister
- 10:15 - 11:00 Meeting with Mr Narendra B. NEMWANG,
Minister of Law, Justice & Parliamentary Affairs
Parliament House, Singha Durbar
- 11:15 - 12:15 Meeting with Mr. Subash Chandra NEMWANG, Speaker of the House of
Representatives
Parliament House, Singha Durbar
- 12:30 - 14:15 *Free lunch*
- 14:30 - 15:30 Meeting with :
Mr. Ian MARTIN,
Special Representative of the UN Secretary General and
Head of the United Nations Mission in Nepal (UNMIN),
Mr Tamrat Samuel, Advisor to the UN Secretary General
Mr John Norrish, Political advisor to Mr Ian Martin
- 15:30 - 16:45 *Visit of the Patan Museum*
- 17:30 - 18:30 Meetings with
- H.E. Xi HUI, Chargé d' Affaires of China
 - H.E. James Moriarty, Ambassador of the United States
 - Ms. Crystal KATTAN, Refugees Officer, US Embassy
 - H.E. Tsutomu HIRAOKA Ambassador of Japan
 - H.E Kheya BHATTARCHARYA, Ambassador of India
- Hotel Hyatt Regency Kathmandu*
- 19:00 - 20:30 Reception hosted by the EC Delegation to Nepal on the occasion of the
visit of the EP Delegation and of the 50th anniversary of the treaty of Rome
Hotel Hyatt Regency Kathmandu, the Ball Room

Friday, 23 March

Kathmandu

Group 'A' : MM Gill, de Odenberg, Deva

- 09:00-10:00 Meeting with the Bhutanese Movement Steering Committee
Association of Human Rights
Activists Bhutan (AHURA Bhutan).
Ratan Gazmere
- 10:00 - 11:00 Visit Maiti Nepal
short presentation about the activities of Maiti Nepal and tour of the
Rehabilitation Centre and Child Protection Centre of Maiti Nepal

- 11:30 - 13:30 Visit to field EU project
Foundation for the Solidarity and development of Women (Women Foundation) in partnership with Human Development and Peace Campaign, Nepal
- 14:00 - 15:00 free lunch
- 15:00 - 16:00 Meeting with Mr. Abraham ABRAHAM, UNHCR
Hotel Hyatt Regency Kathmandu
- 16:00 - 16:45 Meeting with
acting UNDP Resident Representative
Ms Junko Sazaki
- Deputy Country Director WFP
Ms Dominique Hyde
- 16:45 - 17:30 Press Conference
Hotel Hyatt Regency Kathmandu
- 17:30 - 19:00 Reception hosted by H.E Ambassador to Pakistan on the occasion of the
Pakistan national day
Hotel Hyatt Regency Kathmandu

Friday, 23 March

Bhadrapur

Group 'B': MM Evans, Birutis

Visit to the Bhutanese refugee camps in coordination with UNHCR

10:00 Kathmandu - Bhadrapur [flight BHA 951]

12:30 Arrival at Bhadrapur

*UNHCR escort to Timai refugee camp
visit of the Camp - witness refugee identification procedure and census
open discussion with refugees*

17:40 Birtanagar - Kathmandu [flight BHA 904]

18:15 Arrival at Kathmandu

Saturday, 24 March

Kathmandu

9:30 Visit of Bahktapur

14:30 Leaving to the airport

16:10 Departure of Members

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH SOUTH ASIA AND THE SAARC

Working group visit to Bhutan and Nepal

18-25 March 2007

List of EP participants (10)

<u>Members (5)</u>	<u>Group</u>	<u>Country</u>
Ms GILL, Neena , Chair <ul style="list-style-type: none">• Committee on Budgets	PSE	UK
Ms GERINGER DE OEDENBERG, Lidia <ul style="list-style-type: none">• Committee on Legal Affairs, Vice-Chair	PSE	Poland
Mr EVANS, Robert <ul style="list-style-type: none">• Committee on Transport and Tourism	PSE	UK
Mr DEVA, Nirj <ul style="list-style-type: none">• Committee on Development	EPP-DE	UK
Mr BIRUTIS, Šarūnas <ul style="list-style-type: none">• Committee on Industry, Research and Energy	ALDE	Lithuania

General Secretariat of the European Parliament, DG External Policies (3)

Mr Philippe KAMARIS	Administrator
Mr Xavier NUTTIN	Administrator
Ms Germana CARNAZZA	Administrative Assistant

Political groups staff (1)

Ms Ruth **de CESARE** Political Advisor

On behalf of the EU Presidency (1)

Mr York **SCHUEGRAF** Political Counsellor,
Embassy of the Federal Republic of Germany, New Delhi

EPP-DE Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats
PSE Group of the Party of European Socialists
ALDE Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe